

Entlastung der Städte und Gemeinden um 12,6 Mio. Euro für 2021 vorgesehen

Kreiskoalition unterstützt Vorschlag - Nachtragshaushalt

Main-Kinzig-Kreis. – Gute Nachrichten für die Städte und Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis: Landrat und Finanzdezernent Thorsten Stolz wird zur Entlastung der 29 Städte und Gemeinden in Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen von SPD und CDU eine Senkung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2021 auf den Weg bringen. Über einen Nachtragshaushalt, der im Dezember in den Kreistag eingebracht werden soll, ist eine Senkung der Kreisumlage in Höhe von zwei Punkten vorgesehen, was eine Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in einem Umfang von rund 12,6 Millionen Euro ausmacht.

Am Dienstagvormittag hatte Landrat Thorsten Stolz die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Rahmen einer Telefonkonferenz bereits vorab informiert. „In den Städten und Gemeinden sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie durch einen Rückgang der Steuern klar spürbar. Aufgrund der wirtschaftlich guten Entwicklung aus den Vorjahren haben wir die Möglichkeit, unsere Städte und Gemeinden im nächsten Jahr durch eine Senkung der Kreisumlage zu entlasten. Durch die Vorabinformation können die Städte und Gemeinden dies bereits bei ihrer Aufstellung der Haushaltspläne für 2021 berücksichtigen“, erklärt der Landrat. In den zurückliegenden Wochen hatte Thorsten Stolz das Vorgehen bereits eng mit den Koalitionsfraktionen von SPD und CDU abgestimmt.

Wie Thorsten Stolz berichtet, wird der Main-Kinzig-Kreis zur Entlastung seiner kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf die Rücklage aus den Überschüssen aus 2019 zurückgreifen, um so einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entlastung zu leisten. „Wie bereits Ende September angekündigt, haben wir aufgrund der jetzt vorliegenden Orientierungsdaten eine Einschätzung dahingehend vorgenommen, was im Hinblick auf 2021 machbar ist. Ich weiß um die angespannte finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden auch bei uns im Main-Kinzig-Kreis, die die Auswirkungen der Corona-Pandemie durch Einbrüche im Bereich der Steuereinnahmen natürlich unmittelbar spüren. Hier werden wir helfen“, so Landrat Thorsten Stolz weiter. Der Landrat rechnet mit einer breiten politischen Mehrheit im Kreistag für seinen Vorstoß.

„Die Senkung der Kreisumlage in Höhe von zwei Punkten ist in dieser Zeit ein wichtiges Signal in Richtung unserer Städte und Gemeinden. Wir haben dieses Vorgehen in enger Abstimmung mit dem Landrat festgelegt und werden die Entlastung unserer Städte und Gemeinden gemeinsam auf den Weg bringen“, kündigen SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Schejna und CDU-Fraktionsvorsitzender Michael Reul an. Für SPD und CDU ist es von großer Bedeutung, dass die Kommunen in dieser herausfordernden Zeit auch Unterstützung durch den Landkreis erfahren. „Es gibt ein gutes Miteinander zwischen dem

Main-Kinzig-Kreis und seinen Städten und Gemeinden. Das wurde einmal mehr im Rahmen der hervorragenden Zusammenarbeit aufgrund der Corona-Pandemie deutlich und setzt sich jetzt mit der Senkung der Kreisumlage in 2021 fort“, betonen Klaus Schejna und Michael Reul.

Aus Sicht von SPD und CDU sei es positiv zu bewerten, dass nicht nur Bund und Land in der jetzigen Situation finanzielle Entlastungen für die Kommunen auf den Weg bringen, sondern auch der Main-Kinzig-Kreis seine Möglichkeiten nutze. „Das ist ein unglaublich starkes und gutes Signal, das hier in Richtung der 29 Städte und Gemeinden gesendet wird und wir rechnen mit einer zügigen Beratung und dann Beschlussfassung des Nachtragshaushaltes“, so Klaus Schejna und Michael Reul weiter.

„Wir waren gut beraten, in den wirtschaftlich starken Jahren Schulden abzubauen, Investitionen zu tätigen und gleichzeitig noch eine Rücklage aufzubauen, die uns jetzt den Handlungsspielraum ermöglicht die Städte und Gemeinden zu stärken und zu entlasten“, ergänzt Thorsten Stolz. Dabei setzt der Landrat auch weiter auf den haushalts- und finanzpolitischen Dreiklang: Investitionen in den Ausbau und den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur (insbesondere im Bereich Bildung, Schule, Digitalisierung und medizinische Versorgung), die Nutzung von Haushaltsüberschüssen zum Schuldenabbau und die Entlastung von Städten und Gemeinden.

In diesem Zusammenhang erinnern Thorsten Stolz, Klaus Schejna und Michael Reul auch daran, dass der Main-Kinzig-Kreis durch entsprechende Senkung der Hebesätze in den zurückliegenden Jahren und die Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen enorme Entlastungen auf den Weg gebracht habe. Allein die Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage und die entsprechende Erstattung seit 2016 bedeutete für die Kommunen rund 11,2 Millionen Euro mehr in der Kasse. Für den Bereich der Flüchtlingsbetreuung wurden in dem Zeitraum rund 31 Millionen Euro an Unterstützung ausgezahlt. Hinzu kommt die Schulumlage, die um rund 5,2 Millionen Euro niedriger ausgefallen ist, als anfangs kalkuliert. Insgesamt ergibt sich somit eine tatsächliche finanzielle Entlastung von 2016 bis 2020 von rund 47,4 Millionen Euro gegenüber den ursprünglichen Planungen. Dazu kommen jetzt die rund 12,6 Millionen Euro durch die geplante Absenkung der Kreisumlage in 2021.

„Gerade als ehemaliger Bürgermeister kenne ich die Situation der Städte und Gemeinden im Hinblick auf die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie und weiß, dass es vielerorts eine Kraftanstrengung wird, die Haushalte 2021 auszugleichen, wenn dies überhaupt gelingen kann. Natürlich löst die Senkung der Kreisumlage nicht alle Probleme vor Ort, sie ist aber ein klares Zeichen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Landkreis und den Städten und Gemeinden“, sagt der Landrat abschließend.

12.11.2020